

RzF - 19 - zu § 86 Abs. 1 FlurbG

- 1. Als Maßnahme der Agrarstrukturverbesserung i.S.d. § 86 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG ist es ein zulässiges Ziel eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens, die faktisch vorhandene Erschließung landwirtschaftlicher Flächen auch rechtlich auf Dauer abzusichern. Dabei kann insbesondere auch die Frage der Unterhaltung der Wegeflächen geregelt werden, damit etwa erforderliche Wegebaumaßnahmen durchgeführt werden können.**
- 2. Soll erst im Laufe des Verfahrens geklärt werden, ob ein Flurstück bei der Planung des landwirtschaftlichen Wegenetzes in Anspruch genommen wird, und erscheint eine möglicherweise darauf abzielende Wegeplanung nicht von vornherein für den Bodeneigentümer unzumutbar, so ist die Einbeziehung dieses Flurstücks in das Verfahrensgebiet zulässig.**

Flurbereinigungsgericht Weimar, Urteil vom 20.10.2004 - 7 F 1066/03

Aus den Gründen:

Es liegen auch die materiellen Voraussetzungen für die Anordnung eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens nach § 86 Abs. 1 FlurbG vor. Danach kann ein Flurbereinigungsverfahren eingeleitet werden, um Maßnahmen der Landentwicklung, insbesondere u. a. Maßnahmen der Agrarstrukturverbesserung zu ermöglichen oder auszuführen. § 86 FlurbG ist durch das Änderungsgesetz vom 23.08.1994 (BGBl. I S. 2187) neu gefasst worden, sein Anwendungsbereich ist erweitert worden, um zu vermeiden, statt einer vereinfachten eine aufwendige Regelflurbereinigung anordnen zu müssen. Durch die Erweiterung des Anwendungsbereichs sollten u. a. eine Stabilisierung wettbewerbsfähiger land- und forstwirtschaftlicher Betriebe erleichtert und die Infrastruktur kleiner Gemeinden und die Voraussetzungen zur Entwicklung ländlicher Gebiete verbessert werden (vgl. Begründung zum Gesetzentwurf, BT-Drs. 12/7909, S. 6). Landentwicklung i. S. d. § 86 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG umfasst nach der Begründung zum Gesetzentwurf die Planung, Vorbereitung und Durchführung aller Maßnahmen, die dazu geeignet sind, die Wohn-, Wirtschafts- und Erholungsfunktion besonders des ländlichen Raums zu erhalten und zu verbessern, um damit für die Förderung und dauerhafte Verbesserung der Lebensverhältnisse außerhalb der städtischen Gebiete zu sorgen (vgl. BT-Drs. 12/7909, S. 7).

Das - vereinfachte - Flurbereinigungsverfahren F/G ist ausweislich des Beschlusses vom 30.10.2002 angeordnet worden, um neben der Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum (die bei Vorliegen entsprechender Anträge in einem Bodenordnungsverfahren nach dem LwAnpG hätte erreicht werden können) die Erschließung und damit die Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen östlich der Ortslage dauerhaft zu sichern. Soweit ein zur Erschließung der Feldflur genutzter Weg auf privaten Grundstücken verläuft, soll im Rahmen des Flurbereinigungsverfahrens die Lage des Weges, das Eigentum an der Wegefläche und die Unterhaltung geregelt werden (vgl. dazu die entsprechenden Ausführungen im Widerspruchsbescheid vom 29.09.2003).

Diese Zwecke erfüllen den dargestellten Begriff der Landentwicklung; sie dienen

insbesondere der Verbesserung der Agrar- und Infrastruktur und nicht lediglich der Regelung des Eigentums oder anderer Rechte. Die - hier geplante - Neugestaltung kann nicht allein mit einem (für die Flurstücke des Klägers mangels eines Zusammenführungsantrags wohl nicht mehr möglichen und auch nicht mehr beabsichtigten) Bodenordnungsverfahren erreicht werden. Die Voraussetzungen des § 86 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG für die Anordnung eines vereinfachten Flurbereinigungsverfahrens liegen zur Überzeugung des Gerichts auch tatsächlich vor. Soweit der Kläger demgegenüber keinen Neuregelungsbedarf sieht, mag dies zwar auf die ursprünglich mit angestrebte Neuordnung der Eigentumsverhältnisse an Teilen des Flurstücks 62/1 durch Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum zutreffen; die Notwendigkeit einer rechtlichen Absicherung der Zuwegung landwirtschaftlicher Flächen bleibt davon aber unberührt. Sie wird auch nicht dadurch in Frage gestellt, dass die Erschließung der Feldflur sowohl über den von der Dorfstraße abgehenden und über die Flurstücke 65 und (mit der halben Breite) 62/1 als auch über den ursprünglich vorhandenen Wirtschaftsweg erfolgt und es bisher offenbar noch zu keinen größeren Problemen gekommen ist. Es ist ein zulässiges Ziel der Flurbereinigung, die faktisch vorhandene Erschließung der landwirtschaftlichen Flächen auch rechtlich auf Dauer abzusichern und insbesondere auch die Frage der Unterhaltung der Wegeflächen zu regeln, damit etwa erforderliche Wegebaumaßnahmen durchgeführt werden.

...

Schließlich ist auch die Abgrenzung des Verfahrensgebietes entgegen der Auffassung des Klägers nicht zu beanstanden. Nach § 7 FlurbG kann das Flurbereinigungsgebiet mehrere Gemeinden oder Teile von Gemeinden umfassen; es ist so zu begrenzen, dass der Zweck der Flurbereinigung möglichst vollkommen erreicht wird. Die Begrenzung des Flurbereinigungsgebietes steht im Ermessen der Behörde. Nach § 114 VwGO sind Ermessensentscheidungen nur in beschränktem Umfang der gerichtlichen Nachprüfung zugänglich und können nur darauf überprüft werden, ob die gesetzlichen Grenzen des Ermessens überschritten oder von dem Ermessen in einer dem Zweck der Ermächtigung nicht entsprechenden Weise Gebrauch gemacht worden ist. Dafür bestehen im vorliegenden Fall keine Anhaltspunkte. Das Flurneuordnungsamt hat sich bei der Abgrenzung des Verfahrensgebiets zunächst von der allgemeinen Überlegung leiten lassen, durch die Einbeziehung eines ausreichend großen Gebietes die Lösung der Aufgabenstellung zu gewährleisten. Darüber hinaus ist bei der Gebietsabgrenzung darauf geachtet worden, die der Großflächenbewirtschaftung unterliegenden Flächen durch die Verfahrensgrenze so wenig wie möglich zu zerschneiden. Im Interesse der Minimierung der Kosten der Verfahrensgrenzfeststellung hat sich das Flurneuordnungsamt bei der Abgrenzung des Verfahrensgebiets an Straßen, Wegen und sonstigen topographischen Grenzen sowie an Gemarkungs- und Flurstücksgrenzen orientiert. Die Ortslage von F ist in das Verfahrensgebiet einbezogen worden, soweit ein Bedarf hinsichtlich der Dorferneuerung gesehen worden ist. Diese Überlegungen sind sachgerecht und an den mit der Flurbereinigung verfolgten Zwecken orientiert. Insbesondere ist die Einbeziehung der im Eigentum des Klägers befindlichen Flurstücke 62/1 und 65 in das Verfahrensgebiet nicht deshalb zu beanstanden, weil hier keine Zusammenführung von Boden- und Gebäudeeigentum mehr durchgeführt werden soll und der Beklagte die Flurstücke auch nicht als Austauschfläche für die anderen beiden Zusammenführungsfälle im Verfahrensgebiet benötigt. Die Einbeziehung ist deshalb gerechtfertigt, weil - wie die Vertreter des Beklagten in der mündlichen Verhandlung anhand der vorgelegten Konfliktkarte noch einmal erläutert haben - erst im Laufe des Verfahrens geklärt werden soll, ob der halb über das Flurstück 62/1 verlaufende Weg über das Flurstück 65 an die Dorfstraße angebunden wird oder nicht. Zwar mögen im Hinblick auf die damit für den Kläger verbundenen Beeinträchtigungen letztlich gewichtige Gründe gegen eine Erschließung der Feldflur durch einen über das Flurstück 65 führenden Weg sprechen. Die Frage, ob im Hinblick auf eine mögliche Erschließung der Feldflur über den fast parallel zur Dorfstraße verlaufenden Wirtschaftsweg ein öffentliches Interesse an einer "Anbindung" der Feldflur durch einen über das Flurstück

65 verlaufenden Weg anzuerkennen ist und ob dieses Interesse das entgegenstehende private Interesse des Klägers, von den damit verbundenen Beeinträchtigungen verschont zu bleiben, überwiegt, muss aber einer Klärung im Flurbereinigungsverfahren vorbehalten bleiben. Jedenfalls lässt sich nicht ohne weiteres feststellen, dass jede Wegeführung, durch die das Flurstück 65 - möglicherweise nur geringfügig - in Anspruch genommen wird, von vornherein für den Kläger unzumutbar wäre und daher eine darauf abzielende Wegeplanung die Einbeziehung dieses Flurstücks in das Verfahrensgebiet nicht rechtfertigen könnte. Die Einbeziehung des Flurstücks 65 in das Verfahrensgebiet, die im Übrigen auch im Hinblick auf die Orientierung der Verfahrensgebietsgrenze an der Dorfstraße sinnvoll erscheint, ist für den Kläger nicht unzumutbar und stellt auch keine Vorentscheidung in Richtung einer Anbindung der Feldflur an die Dorfstraße über dieses Flurstück dar.